

Tag der Deutschen Einheit: Vielfalt, Zusammenhalt und die Herausforderungen unserer Zeit

*Pressemitteilung des Landesintegrationsrates NRW zum Tag der Deutschen Einheit
und zum Tag der Offenen Moschee, am 3. Oktober 2024*

Am Tag der Deutschen Einheit wird nicht nur die Wiedervereinigung gefeiert, sondern auch die Vielfalt und das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft hervorgehoben. Gerade in Zeiten großer sozialer Herausforderungen, wie der zunehmenden Ungleichheit und des steigenden Zuspruchs rechtspopulistischer und rassistischer Diskurse, bleibt dieser Tag ein Symbol für Freiheit, Einheit und gegenseitige Anerkennung. Der Tag der Deutschen Einheit wurde auch zum Tag der offenen Moscheen erklärt, um zu betonen, dass der Islam zur religiösen Vielfalt gehört, die in Deutschland beheimatet ist.

Tayfun Keltok, Vorsitzender des Landesintegrationsrates NRW, nimmt den wichtigsten Feiertag Deutschlands zum Anlass, um vor den Gefahren der gesellschaftlichen Spaltung zu warnen und ruft dazu auf, entschieden gegen Diskriminierung und Rassismus vorzugehen. Er betont, dass nur durch eine gleichberechtigte Teilhabe aller Menschen die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben geschaffen werden kann. „Wir müssen wachsam bleiben, dass Ängste und Unsicherheiten nicht von extremistischen Gruppen und politischen Bewegungen ausgenutzt werden,“ so Keltok. „Migration wird heutzutage fälschlicherweise als Ursache gesellschaftlicher Probleme dargestellt. Ganz im Gegenteil! Menschen mit internationaler Familiengeschichte sind eher Teil der Lösungen für die zentralen Herausforderungen unserer Zeit.“

Die Landtagswahlergebnisse in Thüringen, Sachsen und Brandenburg haben gezeigt, dass das Bestehen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung in diesem Land keine Selbstverständlichkeit ist, auch nicht 34 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung. Es gilt, die grundlegenden Normen des demokratischen Miteinanders zu achten, ein respektvolles Miteinander zu pflegen und sich entschieden gegen populistische Polarisierungen zu positionieren. Es bedarf auch weiterhin des aktiven Engagements gegen Diskriminierung aufgrund von Herkunft, Sprache, sexueller Orientierung, Religion oder Behinderung. „Menschenfeindliche und antidemokratische Positionen finden seit geraumer Zeit auch in der politischen Mitte Anklang. Diese Entwicklung ist besorgniserregend! Die Enthüllungen der Deportationspläne in Potsdam haben gezeigt, dass Rechtsextremisten über Professionalität, Vernetzung und finanzielle Mittel verfügen. Solche schrecklichen Ziele und Haltungen – auch wenn sie absurd erscheinen – werden durch einen rechtsgerichteten gesellschaftspolitischen Diskurs begünstigt,“ führt Keltok fort. „Kein Lebensbereich in Deutschland ist ohne Menschen mit internationaler Familiengeschichte vorstellbar! Sie gehören zur Mitte unserer Gesellschaft und sind loyale Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Trotz der Errungenschaften der letzten Jahrzehnte gibt es noch immer viele Hürden zu überwinden, um die politischen und gesellschaftlichen Teilhabechancen zu verbessern.“

Menschen mit internationaler Familiengeschichte stellen ihre Kompetenzen und Fähigkeiten tagtäglich in den Dienst der Gesellschaft. Je mehr Anerkennung, Wertschätzung und Teilhabemöglichkeiten sie erhalten, desto eher wird sich der allgemeine Zustand unseres Landes verbessern.